

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931**

5.5.1931 (No. 104)



# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsrieder-  
Straße Nr. 14  
Karlsruhe  
Nr. 953  
und 954  
Postfach  
Karlsruhe  
Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
G. K. M. u. b.  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einjähr. 32,50 RM. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen halber Rabatt, bei Abnahme von 1000 Exemplaren 25% Rabatt, bei 5000 Exemplaren 35% Rabatt. — Für telephonische Bestellungen von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfächer und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelche Beschlüsse übernommen. — Beschlüsse der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zeitungsbeilage für Arbeiter, Badischer Beamtenanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Sür eine Reichsarbeitslosen- fürsorge

**Die Wünsche des Landgemeindetags**  
W.B. Berlin, 5. Mai. (Tel.) Bei einem Presseempfang sprach der Präsident des Deutschen Landgemeindetages und des Verbandes der preussischen Landgemeinden, Dr. Gerete, M. b. M., über die finanzielle Lage der Gemeinden und über den Gesetzentwurf zu einer Reichsarbeitslosenfürsorge, den der Deutsche Landgemeindetag heute der Reichsregierung, den Länderregierungen und den gesetzgebenden Körperschaften überreichen wird. Zur Begründung dieses Gesetzentwurfs führte Dr. Gerete u. a. aus:  
Die Belastung der Gemeinden durch die Wohlfahrtsverpflichtungen sei in einem Umfang gestiegen, daß beschleunigte Maßnahmen erforderlich sind, die spätestens Anfang Juni wirksam werden müssen. An der bisherigen Dreiteilung der Arbeitslosenfürsorge in Arbeitslosenversicherung, Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung kann nicht länger festgehalten werden. Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung müssen in einer Reichsarbeitslosenfürsorge zusammengefaßt werden. Eine wirksamere Form des gegenwärtigen Unterstützungssystems kann nur durchgeführt werden, wenn eine viel genauere Prüfung der Bedürftigkeit erfolgt als bisher. Die wichtigste Frage ist die nach der Aufbringung der Mittel für die neue Reichsarbeitslosenfürsorge. Grundsätzlich erhebt der Deutsche Landgemeindetag die Forderung, daß Reich und Länder beteiligt werden müssen. Im Gegensatz zu dem Vorschlag des Deutschen Städtetages, der 50 Proz. der entstehenden Kosten auf das Reich, 25 Proz. auf die Länder und 25 Proz. auf die Gemeinden umlegen will, ist der Deutsche Landgemeindetag, der Überzeugung, daß die ländlichen Gemeinden nicht mehr als 15 Proz. tragen können. Für das Reich sollen 50 Prozent bleiben, die Länder sollen aber wieder in der Höhe wie bis 1927 mit etwa ein Drittel beitragen.

Der Deutsche Landgemeindetag habe seit Jahren einen allgemeinen Kostenausgleich gefordert und muß immer wieder darauf hinweisen, wie schwer gerade die leistungsschwachen Agrar- und Arbeiterwohnortsgemeinden durch das jetzige System der Unterweisung der Reichssteuerüberweisungen benachteiligt werden. Dieses Überweisungssystem hat zur Folge gehabt, daß die Gemeinden im Jahre 1928 nach amtlichen Zahlen an Reichssteuerüberweisungen je Einwohner erhalten haben: Die Stadt Frankfurt a. M. rund 38 M., Berlin rund 34 M., im Durchschnitt die Städte über 5000 Einwohner rund 33 M. Die Gemeinden bis zu 5000 Einwohner rund 7 M. und die Gemeinden bis zu 200 Einwohnern rund 8 M. In den Jahren 1930 und 1931 haben sich diese Zahlen für die Landgemeinden noch wesentlich verschlechtert. Den kleinen Gemeinden fehlt so gut wie jede Möglichkeit, einen Ausgleich für die ständig wachsenden Wohlfahrtslasten zu finden.

### Unruhen in Spanisch-Marokko

**Straßenkämpfe in Tetuan**  
W.B. London, 5. Mai. (Tel.) Ein Bericht aus Tetuan (Spanisch-Marokko) gibt Einzelheiten bekannt über den Zusammenstoß der spanischen Infanterie mit Royalisten und Soldaten der spanischen Fremdenlegion. Als diese Nachricht im Hauptquartier eintraf, bemächtigten sich die Soldaten ihrer Offiziere und hielten die königliche Fahge. General San Jurgo entsandte daraufhin ein Regiment eingeborener Soldaten und drei Kompanien Gouta nach dem Hauptquartier, das umzingelt wurde. Am Sonntagvormittag ergaben sich die Eingeschlossenen.  
In Tetuan kam es gestern zum Generalstreik. Ungefähr 8000 Personen schlossen sich zu einer Kundgebung zusammen und forderten, daß spanische und eingeborene Arbeiter gleichberechtigt sein sollten, daß der achtstündige Arbeitstag eingeführt werde, daß die arbeitslosen Eingeborenen Arbeit erhalten und daß der Sonntag als Ruhetag durch den Freitag ersetzt werde. Auch wurde die Naturalisierung marokkanischer Juden gefordert. General San Jurgo empfing eine Abordnung von 20 Personen, schickte sie aber wieder fort, bevor sie ihre Anliegen vorgebracht hätten. Hiernach wurden die Fenster des Regierungsgebäudes eingeworfen und europäische Läden geplündert. Eingeborene Kavallerie versuchte mit gezogenem Säbel die Menge zu zerstreuen. Da dies jedoch nicht gelang, wurde Infanterie und eine Maschinengewehrabteilung herangezogen und Feuer eröffnet. Gestern um 16 Uhr wurde noch in den Straßen gekämpft.

### Die spanische Wahlreform

W.B. Madrid, 5. Mai. (Tel.) Der gestrige Ministerrat beschloß sich hauptsächlich mit der Wahlreformfrage. Ein entsprechendes Dekret wurde ausgearbeitet. Es sieht vor, daß jede Provinz einen einzigen Wahlkreis bilden wird. Die Städte Madrid und Barcelona bilden eigene Wahlbezirke. Auf je 50 000 Einwohner soll ein Abgeordneter entfallen. Frauen und Geistliche sind wählbar.

### China hebt die fremde Gerichtsbarkeit auf

Die Kantonger Regierung hat eine Verordnung erlassen, die das Dekret vom Dezember 1929 über die Aufhebung der fremden Gerichtsbarkeit ab 1. Januar 1932 schon jetzt in Kraft setzt und die Einzelheiten der neuen Gerichtsverfassung regelt. Dazu erklärt der Außenminister, die Regierung bedauere, daß sie sich durch die Unnachgiebigkeit einzelner Mächte in der Frage der Exterritorialität gegennützlich habe, diesen Weg einzuschlagen, der dazu dienen sollte, die Hauptursache von Missverständnissen zwischen China und den fremden Völkern zu beseitigen.

### Letzte Nachrichten

#### Eine Friedenskundgebung in New York

**Für Verständigung der ehem. Kriegsteilnehmer**  
W.B. New York, 5. Mai. (Tel.) Bei einer gestern abend von der American Legion veranstalteten, stark besuchten Freundschaftsfeier der Kriegsveteranen Amerikas und der Mittelmächte sprachen u. a. Jugalls, der Vizepräsident des Marineamts, Edward Spafford, der frühere Nationalkommandeur der American Legion, Joseph Ribber, der Herausgeber der New-Yorker Staatszeitung, Bürgermeister Walker und Generalkonsul Riep über die Bedeutung der Verständigung zwischen den ehemaligen Kriegsteilnehmern im Interesse des Weltfriedens. Jugalls begrüßte die deutschen Veteranen als erwünschte Neubürger nach Art Steuern und Schurz.  
Die Versammlung nahm unter großer Begeisterung eine von Spafford vorgelegene Entschließung an: „Die Versammlung beschließt, daß entweder der Abschluß neuer Verträge oder die Revision alter Verträge dringend empfohlen werden soll, damit diese im Bewußtsein kommender Generationen Europas die Freundschaft der Völker gewährleisten, damit unsere Kinder nicht wieder in die Schreden eines neuen Krieges hineingezogen werden.“  
Generalkonsul Riep empfahl unter Hinweis auf die Kriegsschuldfrage, die gleiche Auffassung von der Ehre des Gegners anzunehmen, wie sie unter Soldaten üblich sei.

#### Der Vorsitzende verlas dann noch ein Telegramm Doovers:

„Ich freue mich, zu vernehmen, daß die American Legion die Initiative ergreift, um den Kriegshoch auszulöschen durch eine so ritterliche Handlung guten Willens, wie sie die Veranstaltung zu Ehren derer ist, die für die deutsche Armee dienten, und die nunmehr angefehene Bürger unserer eigenen Republik sind.“

### Badisch-schweizerische Rheinkommission

W.B. Bern, 5. Mai (Priv.-Tel.) Demnächst findet eine Sitzung der Schweizerisch-Badischen Rheinkommission statt, in der verschiedene Fragen betr. Ergänzung von Konzessionen usw. besprochen werden sollen. Der Schweizerische Bundesrat hat die Besungen für die schweizerische Delegation festgesetzt.

### Keine Rückkehr der Nationalsozialisten in die Reichstagsauschüsse

W.B. München, 5. Mai. (Tel.) In einer Entgegnung auf Pressenachrichten, daß in der Münchener Sitzung der Nationalsozialistischen Reichstagsfraktion und der Gaufraktion der NSDAP beschlossen worden sei, langsam wieder in die Ausschüsse des Reichstags zurückzukehren, erklärte der „Völkische Beobachter“, es sei festgestellt worden, daß sich die NSDAP an den Arbeiten der Reichstagsauschüsse nicht zu beteiligen gedente. Außerdem wird erklärt, daß von einer Reichspräsidentenkandidatur des Generals Wismann, bhm. von Präsidentenwahlen überhaupt, nicht gesprochen worden sei.

### Verhaftung wegen Landesverrats

W.B. Schneidemühl, 5. Mai. (Tel.) Ein im Kreise Platon tätiger polnischer Geistlicher, der Vorstandsmitglied des Landesverbandes des Polenbundes ist, erhielt kürzlich von einem Unbekannten aus Neu-Stettin einen Brief, worin ihm landesverräterisches Material zur Verwendung angeboten wurde. Der betreffende Geistliche übergab dieses Schreiben der zuständigen Polizeibehörde. Die von hier aus sofort eingeleiteten Ermittlungen führten zu dem Ergebnis, daß das Schreiben von dem Führer der Sturmabteilung der Neu-Stettiner Ortsgruppe der NSDAP, Otto Braak, stammte. Bei der Nachfrage nach dem für ihn eingegangenen Postsendungen wurde Braak in Neu-Stettin von einem Weamen der Geschäftsstelle der Staatlichen Polizeidirektion festgenommen. Bei seiner Vernehmung mußte Braak zugeben, den fraglichen Brief an den Geistlichen geschrieben zu haben.

### Um das Slottenabkommen

W.B. Paris, 5. Mai (Tel.) Die italienischen Gegenwortschläge auf die französischen Vorschläge entsprechen der in der letzten englischen Note dargestellten These. Kom wie London sind bereit, es der Konferenz von 1935 zu überlassen, ob Frankreich die Vertragsbauten für 1936 außer Dienst zu stellenden Schiffe schon vorher in Angriff nehmen darf. Die Betrachtungen der Presse sind ziemlich scharf.

### Jahreshauptversammlung der Carl-Schurz-Stiftung

W.B. New York, 5. Mai. (Tel.) Die erste Jahresversammlung der Carl-Schurz-Stiftung hat sich mit dem Arbeitsplan einverstanden erklärt, der weitere Stiftungen nach Art der Oberländer-Stiftung vorsieht. Der deutsche Generalkonsul in New York, Dr. Riep, hielt eine Ansprache, die einer Würdigung der Bestrebungen der Vereinigung seitens des deutschen Volkes und aller anderen, an einer kulturellen Annäherung interessierten Kreise Ausdruck gab.

### Die kommunalen Haushaltspläne für 1931

Von Dr. Friedrich Horst

Wenn das Jahr 1930 für die deutschen Gemeinden ein Notjahr war, so wird das neue Haushaltsjahr 1931, das am 1. April begonnen hat, noch viel weitergehende Einschränkungen in der kommunalen Ausgabenwirtschaft erforderlich machen. Es genügt heute längst nicht mehr, daß alle entbehrlichen Aufwendungen unterlassen oder auf bessere Zeiten verschoben werden. Der Sparzwang, dem fast alle deutschen Gemeinden ohne Unterschied ihrer Größe unterliegen, erfordert, daß auch viele an sich notwendige Dinge unterbleiben müssen, weil die finanziellen Mittel von den Gemeinden einfach nicht aufgebracht werden können. Unter diesen Umständen hat es aber auch keinen Sinn mehr, einzelne Gebiete der kommunalen Tätigkeit bei der Erzielung von Ersparnissen ausnehmen zu wollen. Das Wort, daß Kulturbedürfnisse nicht leiden und nicht leiden dürfen, war früher einmal richtig und lobenswert. Heute ist die Not des deutschen Volkes so groß, daß auch manche wichtige Kulturbedürfnisse keine oder nur eine eingeschränkte Befriedigung finden können. Darum wird der Haushaltsplan 1931 ohne Zweifel in zahlreichen Gemeinden auch wesentliche Einsparungen auf dem Gebiete des Schulwesens bringen müssen, und zwar sowohl in den höheren wie in den Volksschulen.

Solche Ersparnisse werden sich um so eher erzielen lassen, als im allgemeinen das Wachstum der Bevölkerung eine sehr bedeutende Verlangsamung erfahren hat. Die Jahrgänge der Jugendlichen sind meist schwächer besetzt als in der Vorkriegszeit. Trotzdem wird man die an sich sehr berechtigten Bestrebungen, die durchschnittlichen Besetzungen der Schulklassen möglichst herabzusetzen, in der gegenwärtigen Notzeit nicht fortsetzen können. Man wird sich vielmehr damit abfinden müssen, daß die Klassenstärken wieder erhöht werden, daß also in den Volksschulen wieder 45—55 Kinder im gleichen Schulzimmer unterrichtet werden müssen. Das ermöglicht in vielen Fällen Zusammenlegung von Schulklassen und Schulen, Einsparung von Lehrkräften und Verminderung der Schulunterhaltungskosten überhaupt. Es braucht nicht betont zu werden, daß solche Sparmaßnahmen, mit denen natürlich häufig eine Minderung der Schülerfolge verbunden sein dürfte, nur dort vorzunehmen ist, wo eben höchste Sparsamkeit geübt werden muß. Selbstverständlich ist ferner, daß die gleichen Sparmaßnahmen wie in den Volksschulen auch in den höheren Schulen getroffen werden müssen. Hier wird man vor allem durch schärfere Schülerauslese die Besetzung der Klassen vermindern können. In einzelnen deutschen Ländern sind übrigens für die höheren Schulen bereits neue Bestimmungen über Zusammenlegung von Parallelklassen, über Besuchszeiten für die oberen und unteren Schulklassen usw. erlassen worden. Auf diese und andere Weise wird es möglich sein, die Schulunterhaltungskosten in fühlbarer Weise herabzumindern.

Die stärkste Entlastung muß freilich der Wohlfahrtsausgaben der Gemeinden erfahren. Die vorliegenden Zahlen über die Entwicklung der Arbeitslosigkeit zeigen deutlich, daß die Arbeitslosenlast sich immer mehr von der Arbeitslosenversicherung und der Krisenfürsorge auf die kommunale Wohlfahrts-erwerbslosenfürsorge verzieht. Alle kommunalen Organisationen sind daher einig in der Forderung, daß die gesamte Arbeitslosenfürsorge einheitlich geregelt werden muß, da die Gemeinden die Erhaltung der Wohlfahrts-erwerbslosen aus finanziellen Gründen nicht länger übernehmen können. Es liegen bereits mehrere Entwürfe für eine Vereinheitlichung der Arbeitslosenfürsorge vor, und diese Reform muß möglichst frühzeitig im Etatjahr 1931 in Wirksamkeit treten, sonst werden die meisten Gemeinden das Jahr 1931 mit einem noch größeren Defizit als das Vorjahr abschließen müssen.

Das darf aber in keinem Falle geschehen; die deutschen Gemeinden müssen unbedingt an dem Grundsatz festhalten, daß ihr Haushalt ausgeglichen sein muß, das heißt, daß alle Ausgaben durch die Einnahmen gedeckt werden. Die Gemeinden werden zur Durchsetzung dieses Grundsatzes gezwungen sein, alle Steuerquellen, über die sie verfügen, insbesondere aber die ihnen in den Notverordnungen des Reichspräsidenten gegebenen neuen Steuerquellen voll auszuschöpfen. Soweit eine Steuerentlastung möglich ist, muß sie sich vor allem auf die Realsteuern, das heißt auf Gewerbe- und Grundsteuern erstrecken. Erster und wichtigster Grundsatz der kommunalen Finanzwirtschaft muß aber sein, daß keine ungedeckten Ausgaben mehr gemacht werden dürfen. Die Kommunen müssen endlich heraus aus der Schuldenwirtschaft, sonst geraten sie immer tiefer in den finanziellen Sumpf hinein, aus dem es keine Rettung mehr gibt. Wo die Schuldenwirtschaft in der Gemeinde (und ganz ebenso natürlich im Staate) erst einmal überhand genommen



hat, dort machen Schuldsinsen und sonstige Schuldberechtigungen oft einen dauernden Ausgleich des Haushalts völlig unmöglich. Hier heißt es: so zeitig wie möglich damit beginnen, die Ausgaben den Einnahmen anzupassen. Dieser Grundsatz allein führt zu einer Gesundung der Gemeindefinanzen, die zu erzielen für jede Gemeinde die wichtigste Aufgabe des Haushaltsjahres 1931 sein muß. Kein Defizit! so muß für alle ihrer Verantwortung bewußten Kommunalpolitiker die Parole lauten.

## Tagung der Internationalen Handelskammer

### Hoover für Herabsetzung der Rüstungen

In Anwesenheit von rund 1000 Delegierten aus über 80 Ländern, darunter 40 Delegierte aus Deutschland, wurde am Montag in Washington der sechste Kongreß der Internationalen Handelskammer eröffnet. Nach einer Begrüßungsansprache durch den amerikanischen Präsidenten Hoover gab der frühere belgische Ministerpräsident Theunis einen Überblick über die Weltwirtschaftslage.

Hoover erklärte, daß selbst die Vereinigten Staaten durch die Weltkrise in eine schwere Depression gebracht worden seien, an der der Weltkrieg mit seinen Zerstörungen und den darauf folgenden Steuerlasten, den sozialen und politischen Unruhen die Schuld trage. Zum Wiederaufbau sei Vertrauen nötig, das nur durch Begrenzung und Herabsetzung der Rüstungen erreicht werden könne. Die Welt gebe 5 Milliarden Dollars jährlich für Rüstungen aus, 70 Proz. mehr als vor dem Weltkrieg. 5 1/2 Millionen Mann ständen unter den Waffen und weitere 20 Millionen in Reserve, obwohl 12 Jahre seit dem Waffenstillstand vergangen seien und alle Länder im Kellogg-Pakt auf den Krieg verzichtet hätten. Diese Rüstungen seien eine Verschwendung ungeheurer Teile des Nationalvermögens, und nichts sei wichtiger, als daß die Genfer Abrüstungskonferenz von Erfolg gekrönt werde. Amerika sei auf dieser Konferenz wegen ihrer indirekten Auswirkungen auf Frieden, Vertrauen und die Wiedertehr wirtschaftlich gesunder Verhältnisse erheblich interessiert. Die Mitglieder der Internationalen Handelskammer sollten auf mutige und ehrliche Inangriffnahme dieses Problems bestehen.

Weiter sprach der Ehrenpräsident der Kammer, der italienische Delegierte Pirelli, der seinem Referat den Titel: „Die alte und die neue Welt“ gegeben hatte, ferner der französische Delegierte Parmentier und der chilenische Delegierte, Votschaffer Davila. Pirelli wandte sich, von den Ergebnissen seiner Analyse des amerikanischen Erdbebens ausgehend, gegen Schutzgelder und Kriegsschuldensahlungen. Parmentier befürwortete regionale Verträge für ganz Europa, die auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit fußen sollten und Votschaffer Davila schilderte die Wirkungen der Weltkrise auf Lateinamerika, und schloß mit der Aufforderung zu internationaler Kooperation in ihrer Bekämpfung.

### Moratorium und Schuldenfrage

W.D. Washington, 5. Mai. (Tel.) Silas Strawn, der Vorsitzende der amerikanischen Sektion der Internationalen Handelskammer, erklärte in einem Presseinterview, Amerika werde sich nie zur Streichung der 11 Milliarden Dollars Kriegsschulden bereitfinden, denn der amerikanische Steuerzahler sei jetzt schon schwer belastet. Eine andere Frage sei eine Ausdehnung der Zahlungsfristen; dies ließe sich erwägen. Es sei jedoch Sache der Schuldstaaten, hierfür überzeugende Argumente vorzubringen.

Eine andere Frage sei auch Deutschlands Zahlungsfähigkeit; jedermann sehe ein, daß der Fall der Weltpreise Deutschlands Reparationslasten beträchtlich erhöhe; wenn Deutschland ein Moratorium erklären sollte, so würde es dafür in der amerikanischen Geschäftswelt großes Verständnis finden. Über die Frage, inwieweit die internationalen Schulden zur Weltkrise beigetragen haben, wollte Strawn sich nicht äußern; er erklärte jedoch, er könne den Standpunkt Dr. Dernburgs, daß sie die Weltkrise verursacht hätten, nicht bestimmen, denn auch diejenigen Länder, welche den U. S. A. nichts schulden, litten unter wirtschaftlicher Depression.

Diese Ausführungen Strawns werden nach dem „Journal of Commerce“ in Finanzkreisen als eine Andeutung aufgefaßt, daß nach Ansicht Strawns die amerikanischen Bankiers in einem solchen Falle Deutschland kurzfristige Kredite nicht zubilligen würden.

### Weitere Referate

W.D. Washington, 5. Mai. (Tel.) In der heutigen Vormittagssitzung der Internationalen Handelskammer erklärte der bekannte schwedische Industrielle und Vizepräsident der Internationalen Handelskammer, Ekström, er glaube nicht, daß die internationale Politik, Zollpolitik und Trustpolitik, die gegenwärtige Depression verursacht hätten. Sie seien leider erschwerende und die Krise verlängern Faktoren. Die Hauptursache der Depression sei die Konzentrierung des Kapitals in den wirtschaftlich hochstehenden Ländern. Im Sommer 1929 sei dann die Krise auch nach Amerika gekommen.

Sir Allan Anderson, Mitglied der Bank of England, und Sachverständiger bei den Dawes- und Youngplan-Kommissionen, widersprach der Möglichkeit, daß weitere Kürzungen der alliierten Kriegsschulden zur Zeit durchführbar seien. Eine Streichung dieser Schulden würde keine Lösung der Weltkrise bringen, wenn auch die Krise durch diese Zahlungen ernsthaft verschärft werde. Wesentlich sei dagegen die Wiederherstellung des Freihandels, soweit irgendmöglich und gesunde Kreditbedingungen.

Melvin Taylor, Präsident der First National Bank of Chicago und Organisator der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, sprach über „Die Faktoren in geschäftlichen Krisen“. Die Krise, erklärte er, habe im Juli 1914 begonnen, als die politische Führung der Welt versagte. Es sei ein Armutszeugnis für die Welt und besonders für Amerikas wirtschaftliche und politische Führung, daß man so viele Arbeitslose und Arme habe. Taylor empfahl die Abschaffung des täglichen Geldes, ein Verbot des Börsenhandels in Aktien, die den Händlern nicht gehören und ein Verbot von Börsenaufträgen für weniger als 10 000 Dollar auf Kredit. Von Amerikas Schutzgöllen sagte Taylor, daß sie die Industrie nicht vor etwa sechs Millionen Arbeitslosen bewahrt, aber den geplagten Farmern ihre Lebenshaltung weiter verteuert hätten.

Überblick über die eigentümlichen Staatsrechnungen. Entgegen einem budgetierten Defizit von zirka 45 Millionen Franken schloß die eigentümliche Staatsrechnung für 1930 mit einem Einnahmeüberschuß von über 6 Millionen Franken.

Darf Trotski nach Spanien kommen? Nach einer Meldung aus Madrid hat die Regierung zu dem Antrage Trotskis, in Spanien Aufenthalt nehmen zu dürfen, noch nicht Stellung genommen. Die Regierung steht auf dem Standpunkt, daß sie nur provisorische Nachbegrüßung habe und deshalb nicht in der Lage sei, einen formalen Beschluß zu fassen.

## Die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Reichsregierung

### Vor grundsätzlichen Entscheidungen

Die Meldung, daß vom Reichskabinett ein Dreimännerkollegium eingesetzt worden sei, das die nächsten Entscheidungen der Regierung vorzubereiten habe, wird demontiert; es sei jedenfalls kein derartiger Beschluß gefaßt worden. Es liegt in der Natur der Sache, daß der Reichsminister, der Finanz- und der Arbeitsminister an den aktuellen Aufgaben besonders interessiert sind, und so ergibt sich von selbst eine enge Zusammenarbeit zwischen diesen Stellen. Man braucht nur daran zu erinnern, daß es diese drei Minister waren, die sich während der Weihnachts- und Neujahrspause in Freiburg an der bekannten Besprechung getroffen hatten, um die damals drängenden Fragen zu erörtern. Ihr Zusammenwirken ist also nicht erst seit gestern bedingt.

Auch jetzt wieder stehen die finanz- und sozialpolitischen Fragen im Vordergrund. Die Besprechungen drehen sich in erster Linie um die Deduktion des Fehlbetrages im Reichshaushalt und um die Sanierung und Sicherung der Arbeitslosenfürsorge, der Reichsfinanzpolitik usw. Wie in politischen Kreisen verlautet, hat der Reichsfinanzminister bereits eine Reihe von Spar- und Deckungsmaßnahmen ausgearbeitet und anderen beteiligten Stellen zur Prüfung vorgelegt. Die endgültige Entscheidung dürfte jedoch erst fallen, wenn das Kabinett sich über die Grundzüge klar geworden ist, nach denen seine Politik jetzt weitergeführt werden muß.

Wie man weiß, haben die einzelnen Minister bei der Wiederaufnahme der Kabinettsarbeiten nach der Osterpause zunächst darüber berichtet, wie sich die Lage auf ihrem Spezialgebiet inzwischen verändert hat. Es ist nur logisch, daß das Kabinett prüft, ob diese Entwicklung Veranlassung gibt, grundsätzliche Entscheidungen zu treffen. Das bezieht sich z. B. auf die Frage, ob die Senkungspolitik fortgesetzt oder nun zum Abschluß gebracht werden soll, um organisch von anderen Maßnahmen abgelöst zu werden, die geeignet sind, eine Belebung der Wirtschaft herbeizuführen. Erst wenn über solche grundsätzlichen Fragen Klarheit geschaffen ist, wird sich bestimmen lassen, in welcher Art die Senkung zu erfolgen hat, da sie sich natürlich in dem großen Rahmen der Kabinettspolitik einfügen muß.

In politischen Kreisen nimmt man an, daß diese Klärung verhältnismäßig bald herbeigeführt wird, zumal Reichsfinanzminister Dietrich durch seine bisherige, zielbewußte Politik bewiesen habe, daß er mit aller Energie bemüht ist, die Ordnung der Reichsfinanzen zu sichern.

### Freiwilliger Arbeitsdienst

W.D. Berlin, 5. Mai. (Priv.-Tel.) Zu einer Ankündigung des Reichsministers Treubmann, daß Besprechungen mit den Wehrverbänden über den freiwilligen Arbeitsdienst bevorstünden, berichtet die Wälder, daß eine entsprechende Einladung in der vorigen Woche in einer Oberbefehlshaber der Reichsminister vereinbart worden ist. Die Besprechungen sollen heute stattfinden. Zu den eingeladenen Organisationen gehört u. a. die Deutsche Turnerschaft.

### Kurze Nachrichten

Die deutsch-rumänischen Handelsvertragsverhandlungen, die in Bukarest fortgesetzt werden sollten, sind erneut vertagt worden. Die rumänische Regierung hat plötzlich den Wunsch nach einer kurzen Verschiebung der Verhandlungen geäußert und dies mit den augenblicklichen Verhandlungen der kleinen Entente begründet. Einer der leitenden Gedanken, der für die Verhandlungen in Frage kam, war der, dem am 15. Mai zusammengetretenden Europa-Ausschuß einen Vertrag über Zollpräferenzen vorzulegen.

Der neue spanische Botschafter in Berlin. Der spanische Ministerpräsident hat Professor Americo Castro zum Botschafter in Berlin ernannt.

Ein Sender für die Pfalz? Auf der kürzlich abgehaltenen Tagung der pfälzischen Rundfunkvereine wurde unter anderem die Forderung erhoben, eine eigene Sendestelle für die Pfalz zu errichten. Die Vereine werden in Kürze diesbezüglich bei der bayerischen Regierung vorstellig werden. Ob es die wirtschaftliche Lage allerdings gestattet, den Plan alsbald durchzuführen, steht noch dahin.

Die Verhandlungen im Ruhrbergbau weiter ergebnislos. Die am 23. April ergebnislos abgebrochenen und am Montag in Essen wieder aufgenommenen Verhandlungen über die Neuregelung des Rohmentarifs für den Ruhrbergbau verliefen erneut ergebnislos. Infolgedessen wurde eine Schlichterkammer gebildet.

Zur neuen Berliner Brotpreiserhöhung auf 50 Pf. wird im Reichsernährungsministerium erklärt, dies sei umso verständlicher, als die Weltpreise seit der letzten Brotpreiserhöhung nicht weiter gestiegen sind. Die amtlichen Stellen stehen mit den beteiligten Gewerben in Verhandlungen, um einen Ausgleich der verschiedenen Interessen zu erzielen.

Die Nagolber Saalklacht vor Gericht. Nach wochenlangen Voruntersuchungen hat man den Prozeß in der Nagolber Sache auf den 19. Mai festgesetzt. Die Tagung findet vor dem Amtsgericht Tübingen statt. In dem Prozeß sind 75 Zeugen geladen.

Schwerer politischer Zusammenstoß. Auf einem Nachtmarsch wurde in Lössau (Sachsen) eine Abteilung Nationalsozialisten von etwa 70-80 Kommunisten überfallen. Es entwickelte sich eine heftige Schlägerei, bei der von kommunistischer Seite etwa 20 Schüsse fielen. Die SA-Leute hatten etwa 30 Verletzte. Nur ein Kommunist, der eine Verletzung aufwies, konnte festgenommen werden.

### Die Wasserkrafts der Schweiz

Die schweizerischen Kraftwerke können gegenwärtig eine Kraft von beinahe 2 Millionen PS entwickeln und jährlich über 6 Milliarden Kilowattstunden erzeugen.

Nach Beendigung der im Bau befindlichen Werke wird diese Kraft auf 2 800 000 PS und die Jahresproduktion auf 7,15 Milliarden Kilowattstunden steigen. Außerdem wurden Bewilligungen erteilt für den Bau von weiteren Kraftwerken mit insgesamt 1 640 000 PS. Die bis heute in den schweizerischen Kraftwerken und ihrem Verteilungsnetz investierten Kapitalien werden auf 1 1/2 Milliarden Schweizer Franken geschätzt.

Bis heute wurden 1600 Kilometer des Netzes der schweizerischen Bundesbahnen mit einem Kostenaufwand von über 620 Millionen Franken elektrifiziert. Ein zweites Elektrifizierungsprogramm wird jetzt in Angriff genommen werden: Es handelt sich um die Elektrifizierung von 476 Kilometer in einem Zeitraum von 7 Jahren.

Im Jahre 1930 stieg die Zahl der elektrischen Haushaltsapparate in der Schweiz um 114 000, wovon 16 000 Kochöfen, 42 000 Bügeleisen und 16 000 Boilers.

## Aus den Ländern

### Stürmische Staatsdebatte in Thüringen

Der Landtag von Thüringen genehmigte am Montag mit 19 Stimmen der Deutschen Volkspartei, Wirtschaftspartei, Landvolkspartei und Deutschen Staatspartei gegen 9 Stimmen der Kommunisten und Nationalsozialisten bei Enthaltung der SPD und der Deutschnationalen die Verteilung der Amtsgeschäfte der einzelnen Ministerien. Danach erhielten, wie vorgelesen, Staatsminister Dr. Baum Finanzen und Wirtschaft, Staatsminister Dr. Kästner Inneres, Volksbildung und Justiz.

In der darauf begonnenen Einzelberatung zum Haushaltsplan kam es zu stürmischen Auseinandersetzungen, wobei die beiden nationalsozialistischen Abgeordneten Papenbrood und Ludwig aus dem Saal gewiesen wurden. Bemerkenswert war die kurz umrissene Stellung der Sozialdemokraten zur jetzigen Regierung. Sie wollen ihre Haltung vom Gang der Staatsberatung abhängig machen, aber ihre Staatspolitik ohne Agitationsanträge führen, die nur dazu geeignet seien, die Arbeiterchaft in die Irre zu führen.

### Die Wahlen in Schaumburg-Lippe

#### Das vorläufige Gesamtergebnis

Der bei einer Wahlbeteiligung von 80 bis 90 Prozent stattgefundenen Wahlen ist folgendes:

	Stimmen	(1928)	Reichstagswahl
Sozialdemokraten	12 997	12 266	13 871
Deutschnationale	2 918	4 141	2 698
Deutsche Volkspartei	1 607	2 134	1 872
Staatspartei	1 492	1 971	1 996
Kommunisten	1 854	928	1 193
Landvolk	390	—	—
Nationalsozialisten	7 851	—	5 256

Die Mandate werden sich voraussichtlich folgendermaßen auf die einzelnen Parteien verteilen:

- Sozialdemokraten 7 (bisher 8),
- Deutschnationale 1 (bisher mit Landvolk 3),
- Deutsche Volkspartei 1 (bisher 1),
- Deutsche Staatspartei 1 (bisher 1),
- Kommunisten 1 (bisher 0),
- Landvolk 0 (bisher mit D.V.P. 3),
- Nationalsozialisten 4 (bisher 0).

Es besteht die Möglichkeit, daß, wenn das amtliche Ergebnis noch eine geringe Verschiebung zugunsten der Deutschnationalen Volkspartei ergeben sollte, die Deutschnationalen 2 Mandate erhalten und die Staatspartei ausfällt. Die Sozialdemokraten haben die absolute Mehrheit, die sie bisher im Schaumburg-Lippeschen Landtag besaßen — von 15 Mandaten 8 — verloren. Eine Reichsmehrheit, von der die ersten Meldungen sprachen, ist jedoch nach den letzten Zahlen nicht vorhanden. Es wird voraussichtlich in Zukunft der eine Kommunist von ausschlaggebender Bedeutung sein.

### Prof. Sellpach zum § 218

Professor Dr. Sellpach, der bereits kürzlich zu der allgemeinen Diskussion über den § 218 in eingehenden Darlegungen öffentlich Stellung genommen hatte, unterbreitet der Öffentlichkeit jetzt einen Textvorschlag für die Neufassung des Paragraphen, in dem er die künftliche Unterbrechung dann für straflos erklärt, wenn sie von einem Arzt vorgenommen wird. Dabei muß eine gerichtliche Feststellung vorliegen, nach der ein außerordentliches Gewalttätigkeitsverbrechen vorliegt, das eine unmittelbare schwere Gefahr für das Leben der Mutter bei Fortdauer vorliegt. Sellpachs Vorschlag wird in der „Medizinischen Welt“ veröffentlicht.

### Zeppelinfahrt über die Schweiz und Tirol

W.D. Friedrichshafen, 5. Mai. (Tel.) Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist heute früh 7.55 Uhr, unter Führung von Kapitän Lehmann, zu seiner Charterfahrt über die Schweiz und Tirol aufgestiegen. An Bord befinden sich 36 Passagiere. Die Fahrt wird über die Schweiz und Tirol bis Salzburg und von dort über die bayerischen Alpen an der Zugspitze vorbeiführen. Das Luftschiff wird zwischen 5 und 6 Uhr in Friedrichshafen zurückerwartet.

### Aleine Cheonit

Das Flugschiff „Do. X“ startete am Sonntagvormittag in Villa Cisneros (Rio de Oro) und flog über Cap Blanco-Dakar nach Bolama (Bortug.-Guinea). Diese Etappe von etwa 1500 Kilometern stellt die längste, ununterbrochene Flugstrecke dar, die bisher vom „Do. X“ durchflogen wurde. Von Bolama aus werden einige größere Probeflüge unternommen, um das Flugschiff auch in tropischen Verhältnissen eingehend zu erproben.

Der japanische Flieger Hoshikawa, der, wie gemeldet, am Montag früh zur Überfliegung des stillen Ozeans aufgestiegen war, hat seine erste Etappe, Kumasaki (im Nordosten Japans), erreicht.

In Meidelsheim (Odenwald) entstand im Schulgebäude ein Brand. Der 80 Jahre alte, pensionierte Lehrer Bornmuth erstickte an den Brandgasen. Seine Frau liegt hoffnungslos im Krankenhaus. Das Dienstmädchen lag tot in seinem Bett. Das obere Stockwerk des Schulhauses ist vollständig ausgebrannt.

Die amtliche Untersuchung über das Giftgasunglück bei den Zinnwerken in Harburg-Wilhelmsburg, das bis jetzt sechs Todesopfer gefordert hat, hat noch zu keinem Ergebnis geführt. Drei Arbeiter schweben noch in Lebensgefahr.

Vor dem Berliner Schwurgericht begann der Raubmordprozeß gegen den Artisten Karl Urban. Er hatte im Januar im Büro des Lichtspieltheaters „Mercedes-Palast“ in Neukölln den Geschäftsführer Schmolzer erschossen und einen Teil der kurz vorher abgelieferten Kasseneinnahme geraubt.

Bei der Ermittlung eines Mieters aus einem Leihwohnheim in Berlin, der sich in seinem Zimmer verbarstet hatte, kam es zu schweren Auseinandersetzungen. Die Polizei mußte mit Gummihüpfeln gegen die Demonstranten vorgehen. Ein Polizeioffizier wurde zu Boden geschlagen und am Kopf verletzt. Polizeibeamte und Feuerwehrlente sprangen über eine mechanische Leiter in das Zimmer, wo sie den Widerstandigen mit Schnittwunden an den Handgelenken auffanden.

Auf dem Staetener Flugplatz bei Berlin ist ein Flugzeug, in dem sich zwei Mann befanden, abgestürzt und verbrannt. Die Insassen wurden sofort getötet.

Durch das Erdbeben, das am 28. und 29. April Transkaspien heimsuchte, sind im Bezirk Sangezur 110 Menschen getötet und 200 schwer verletzt worden. Damit erhöht sich die Gesamtzahl der Toten auf über 500, die der Verletzten auf 1000.



# Badischer Teil

## Der Stand der Selbstgewächse in Baden

Anfang Mai 1931.

St. A. Die Bitterung war im verfloffenen Monat April sehr rau und naß und für die Vegetation nicht überall günstig. Trotzdem wurden die Feldarbeiten (Rattostfeldern, Unterbringung der Sommerfrüchte usw.) rechtzeitig zu Ende gebracht. Aber Schädlinge (Mäuse, Schnecken, Engerlinge) wird nur vereinzelt gellagt.

Impflungen wegen Auswinterung mußten vorgenommen werden bei: Winterweizen 2,6 Proz., Winterpelz 1,8 Proz., Winterroggen 6,9 Proz., Rottklee 1,6 Proz., Luzerne 2,4 Proz.

## Reichsverkehrsminister v. Guérard am Neckarkanal

Montag früh ist der Reichsverkehrsminister v. Guérard mit einem Stab von Fachleuten und Referenten in Heilbronn eingetroffen. Der Zweck seines Besuchs ist, die Arbeiten am Neckarkanal zu besichtigen, um zu den späteren Beratungen und Geldbewilligungen eine Grundlage und persönliche Meinung zu haben. An der Besichtigung nahmen auch Mitglieder der württembergischen Regierung, darunter Staatspräsident Dr. Wolf, teil. Die Tagfahrt geht zunächst über die Heilbronner Baustelle. Von Neckargartach wird die Weiterfahrt voraussichtlich mit einem Schiff erfolgen bis Hochendorf. Von dort werden die Gäste mittels Autos die Weiterfahrt antreten und die einzelnen Baustellen bis Hirschhorn einer Prüfung unterziehen.

## Die Ringverlegung bei Rehl

Das Projekt der Ringverlegung bei Rehl schreitet in seinen Aufbauarbeiten derart rüstig vorwärts, daß man sich nun ein ungefähres Bild von den großen Ausmaßen des Projektes zu machen vermag. Ein ganz verändertes Landschaftsbild ist in den letzten Monaten zwischen Rehl, Reumühl und Auenheim entstanden. Überall sieht man die gleichen gewaltigen Veränderungen in diesem Teile der Gemarkung. Zahlreiche Baracken bilden ein kleines provisorisches Dörfchen für sich. Allüberall lagern riesige Mengen Baumaterial. Endlosen Schlangen gleich schafften Feldbahnen Erde und Kies zu deren Bestimmungsort. Weit in den blauen Aether ragen die mächtigen Türme der Kranen, welche mit schwingender Eleganz die gewaltigen Materiallasten spielend an Ort und Stelle befördern.

Das Hauptziel der diesjährigen Arbeiten zur Ringverlegung ist der sog. Rehl Durchstich, der sich von der Schuttermündung bis zur Ringmündung hinzieht. Zur Vorbereitung dieses neuen gewaltigen Flußbettes bedarf es einer Erdbewegung von 400 000 Kubikmetern. Die Arbeiten gestalten sich teilweise schwierig, da die Linien der Reichsbahn und der Nebenbahn sowie zwei Landstraßen das Baugelände durchkreuzen und der Verkehr mehr auf der Bahn, noch auf den Straßen irgendeine Unterbrechung erleiden darf. Die beiden Landstraßen nach Reumühl und Wodersweiler werden gemeinsam auf einer Brücke über das neue Ringbett geführt. Die gleiche Brücke benützt auch die Nebenbahn Rehl-Nichtelau, die vor und hinter der Brücke entlang der neuen Landstraße geführt wird.

Das Aufschüttmaterial für die Rampen- und Hochwasserdämme usw. wird teils durch Baggerbetrieb, teils durch Handarbeit gewonnen. Der Baggerbetrieb wird eingesetzt, sobald der Grundwasserspiegel erreicht ist; zur Zeit sind drei Eimerketten in Betrieb. In den nächsten Tagen werden zwei weitere Bagger eingesetzt werden. Der lehmhaltige Boden eignet sich vorzüglich für die Schüttung der Dämme, während das kieshaltige Material in die Brückentampen und Straßen eingebaut wird.

Ein Kunstbau besonderer Art wird die neue Landstraßenbrücke werden. Ausgeführt wird die Brücke in Eisenbetonkonstruktion durch die Firma Jüblin & Co. in Rehl. Der Eisenbetonbogen in der Mittelöffnung erreicht, um nur einige Zahlen zu nennen, eine Spannweite von 80 Metern. Der höchste Punkt des Bogens befindet sich 17 Meter über der Brückenfahrbahn. Ein Bogen in dieser Konstruktionsart und in dieser Spannweite ist bisher in Deutschland noch nicht ausgeführt worden. Augenblicklich ist man mit den Arbeiten zur Herstellung der Widerlager und Pfeiler für die Eisenbahnbrücke über den neuen Ringlauf im rüstigen Fortschreiten begriffen.

Für die Landstraße, einen Feldweg und die Nebenbahn sind Unterführungen unter der neuen Bahnlinie hindurch vorgesehen, die ebenfalls augenblicklich sich im Bau befinden. Damit bei den späteren Arbeiten der Bahnbetrieb keinerlei Störung erleidet, wird bereits jetzt schon der Bahndamm von Rehl bis zum Bahnübergang am alten Bahnhof zwecks Aufnahme von Gleisen verbreitert.

Zur Zeit werden bei diesen Bauarbeiten zur Ringverlegung über 450 Erwerbslose beschäftigt. Eine wesentliche Steigerung dieser Zahl wird nicht möglich sein, da mit Rücksicht auf den hohen Grundwasserstand auf die Verwendung von Waggern nicht verzichtet werden kann.

## Aus der badischen Landwirtschaft

Eine Interessengemeinschaft zur Hebung des Obst- und Gemüseabfahes in Südwestdeutschland. Am letzten Sonntag fand in Heidelberg eine wichtige Sitzung unter Führung des Obst- und Gemüsebauers statt, die von dem Weinheimer Bürgermeister einberufen war und in der verschiedene Fragen der Absatzorganisation für Obst und Gemüse zur Verhandlung standen. Zu den Besprechungen waren Vertreter aus allen Teilen der Länder Baden, Hessen und der Pfalz sowie ein Vertreter aus Unterfranken erschienen. Eine besondere Arbeitskommission wird sich mit den Aufgaben, die mit den in der Sitzung vorbesprochenen Belangen im Zusammenhang stehen, noch eingehender befassen.

Das Karlsruher Schwurgericht, das am Montag zu einer Tagung zusammentrat, verurteilte den 25 Jahre alten Landwirt Adolf Christian Wälder aus Singen b. Bfzheim, der am 8. September in einem Unterschlagsprozeß vor dem Amtsgericht Bfzheim einen Reineid geleistet hatte, zu 1 Jahr Zuchthaus, 8 Jahren Ehrverlust und dauernder Eidesunfähigkeit. Nachmittags verurteilte das Schwurgericht die 18 Jahre alte Erica Eugenie Greß aus Nöhligen wegen Abtreibungsversuchs in zwei Fällen, sowie wegen Kindstörung zu 2 Jahren 1 Woche Gefängnis. Die Angeklagte, die in vollem Umfange geständig war, hatte ihr uneheliches Kind, als es noch lebte, in den Abort geworfen. Der Anklagevertreter hatte 2 Jahre 7 Monate Gefängnis beantragt.

## Dr. Albert Knittel 60 Jahre

Zu Ehren Dr. Albert Knittels fand gestern vormittag in den Räumen der Firma G. Braun eine Gratulationsfeier statt. Im Namen und Auftrage der Angestellten- und Arbeiterschaft der Firma einschließlich der „Karlsruher Zeitung“, Badischer Staatsanzeiger“, gratulierte Chefredakteur G. Amend dem Jubilar in herzlichen Worten und überreichte ihm unter anderem eine in Leder gebundene Glückwunschadresse. Als dann gratulierten als Vertreter des Betriebsrats Maschinenmeister Bernhardt, Direktor Gläd im Namen der Kunstdruckerei Künstlerbund Karlsruhe, Geh. Kommerzienrat Dr. Walbfisch, Heidelberg, im Namen des Gesamtvorstandes des Deutschen Zeitungsverlegervereins, sowie im Namen des Südwestdeutschen Zeitungsverlegervereins, und des Heidelberger Instituts für Zeitungswissenschaft, Direktor Adolf Gengenbach, Mannheim, im Namen des „Mannheimer Tagesblattes“ und Herr Etieh im Namen des Buchdruckervereins. Eine Fülle von Blumengaben und sonstigen Geschenken, darunter zwei sehr schöne Gemälde von Prof. Nagel, gaben dem Empfänger der Gratulationen noch besonderen Ausdruck. Der Jubilar dankte den Glückwünschenden und bekannte sich auch bei dieser Gelegenheit von neuem zu dem Glauben an die große Kulturmission der deutschen Presse. Die Gratulationsfeier verlief in überaus harmonischer und erhebender Weise.

Für den Nachmittag und Abend hatte der Jubilar mit seiner Gattin und seinen Söhnen die Gratulanten und weitere Vertreter der Betriebe der Firmen G. Braun und Kunstdruckerei Künstlerbund Karlsruhe zu einer Fahrt in Postautos nach Sasbachwalden eingeladen. Wenn auch für kurze Zeit ein heftiger Regen den Ausblick störte, war doch die Fahrt durch die herrliche Frühlingslandschaft für jeden Teilnehmer eine ungetrübte Quelle schönsten Genusses. Im „Sternen“ in Sasbachwalden versammelten sich die Geladenen bei einem einfachen, aber guten Abendessen und einem Gläschen Bowle um den Jubilar und seine Familie. Unser hochgeschätztes Lautenpängerpaar, Herr und Frau Kögeler, Karlsruhe, erfreuten die Anwesenden durch mehrere Vorträge, von denen namentlich die humoristisch gefärbten die schon an und für sich frohe Stimmung noch extra förderten. Um 10 Uhr erfolgte dann der Aufbruch. Der Ausflug verlief sehr stimmungsvoll und wird bei allen Teilnehmern als eine besonders schöne Erinnerung haften bleiben.

An dem Ausflug nahm auch Frau Winifred Wagner teil, die persönlich herbeigeeilt war, um im Namen des Verwaltungsausschusses der Badreuther Bühnenspiele dem Geburtstagskind ihre Glückwünsche auszusprechen.

Dem Jubilar gingen im Laufe des Tages Hunderte von Glückwunschkarten und Glückwunschscheiben zu. U. a. gratulierte in ehrenvollen Worten der badische Minister des Innern, Staatspräsident Dr. Wittmann, im Namen der badischen Regierung, ferner der Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe, die Handelskammer Mannheim und der Badische Landtag Mannheim.

Wir möchten im folgenden eines der Glückwunschkarten abdrucken, weil es, von einem zum Urteil berufenen Stelle kommend, der Bedeutung Albert Knittels für das deutsche Pressewesen am schönsten gerecht wird. Es stammt von dem Vorsitzenden des Deutschen Zeitungsverlegervereins, Kommerzienrat Krumpholtz, Bielefeld, und lautet:

„Am Tage, an dem Sie auf der Höhe der Schöpfungskraft den sechzigsten Geburtstag begehen, empfindet es der Verein Deutscher Zeitungsverleger als herzenspflichtig und inniges Bedürfnis, Ihnen, seinem hochverdienten Vorstandsmitglied, für all das zu danken, was die deutsche Zeitungsverleger und die ganze Presse Ihrer Lebensarbeit, Ihrer tatkräftigen Initiative, Ihrem Ideenreichtum, Ihrem von starkem Temperament getragenen Idealismus verdanken. Möge es Ihnen weitere, lange Jahre beschieden sein, in ungebrochener Kraft die Aufgaben zu erfüllen, die Sie sich selbst gestellt haben, die Aufgaben des Mannes, der von hoher Warte die geistigen Güter der Nation zu betreuen und zu verbreiten sich verpflichtet fühlt, die Aufgaben des verantwortungsbewußten Verlegers, der seinen Beruf als verpflichtendes Führeramt in Dienste der Allgemeinheit aufsaßt. Möge Ihnen eine lange Lebensspanne des Wirkens und Schaffens in diesem Geiste, der Sie stets geleitet hat, vergönnt sein! Das wünscht der Verein Deutscher Zeitungsverleger Ihnen, und das wünscht er der deutschen Zeitungsverlegerchaft und der ganzen deutschen Presse!“

Beethoven-Abend Ell. Rehl. Den Karlsruher Musikfreunden wurde eine große Überraschung durch die Anzeige eines Klavierabends Ell. Rehl auf kommenden Donnerstag, den 7. Mai, nachdem schon der Titan des Klaviers Edwin Fischer auf den 18. Mai angezeigt war. Wird die badische Landeshauptstadt die Probe bestehen und soviel Klavierenthusiasten aufbringen, daß diese beiden Prominenten der Prominenten „zufrieden“ sind? Nun, Ell. Rehl hat zunächst Edwin Fischer gegenüber einige „Vorzüge“: sie kommt 6 Tage vorher, spielt ausschließlich Beethoven und — hat populäre Preise eingeräumt. Auch war sie nur 3 Jahre lang nicht mehr hier. Karten sind zu haben bei Kurt Reufelst und bei Wiefelsfeld.

Arbeit statt Erwerbslosenunterstützung. Der Gemeinderat in Fischbach bei Willingen ist dazu übergegangen, den Erwerbslosen statt Geld Arbeit zu geben. Gemeindefunktionen, die früher verweigert wurden, wie Wegbauten, Steinbrucharbeiten usw., werden nunmehr den Arbeitslosen übertragen. Da die Wege in einem sehr schlechten Zustand sich befinden, mußte das Bezirksamt schon Auflage machen.

**Waagen aller Art liefert:**  
**FRIEDRICH LANG, Waagenfabrik**  
Stuttgart-Cannstatt 3 584

## Aus der Landesbauhauptstadt

### Der Karlsruher Wohnungsbau 1931

Bekanntlich stehen im Jahre 1931 an Mitteln zur Förderung des Wohnungsbau aus der Gebäudesondersteuer nur noch nicht halb soviel zur Verfügung wie bisher, die Gemeinden erhalten aus dem Wohnungsbauanteil der Gebäudesondersteuer 1931 unmittelbar überhaupt nichts mehr, das Ganze wird zentral durch das Land verwaltet. Das Land schätzt den insgesamt aus Gebäudesondersteuer für den Wohnungsbau im Jahre 1931 verfügbaren Betrag auf 84 Millionen Reichsmark und gibt davon den Städten (Wohnungsverbänden) als sogenannten Landeszuschuß (verlorener Zuschuß) ein Viertel des jeweiligen örtlichen Aufkommens, insgesamt 21 Millionen Reichsmark. Die restlichen 63 Millionen Reichsmark, außerdem aus einem vom Land aufzunehmenden Wohnungsbauanleihe weitere 7 Millionen Reichsmark, zusammen also 70 Millionen Reichsmark, werden den Städten und Wohnungsverbänden als sogenannte Landesdarlehen zu 3 Prozent Zins und 2 Prozent Tilgung zur Verfügung gestellt.

Der (verlorene) Landeszuschuß soll von den Städten und Verbänden entweder zu neuen Zinsbeihilfen oder aber zur Verringerung der etwaigen Zinsunterbilanz aus der bisherigen Wohnungsbauförderung Verwendung finden. Die Landesdarlehen haben die Städte und Verbände als Baudarlehen auf eigene Rechnung zu den gleichen Bedingungen auszugeben, wobei in den Städten auf eine Wohnung im Durchschnitt nicht mehr als 3000 RM. Baudarlehen entfallen sollen. Inwiefern kann in Karlsruhe auch das bisherige System der hochverzinslichen Bauhypotheken in Verbindung mit den Zinsbeihilfen beibehalten werden.

Soweit die Städte im Einzelfall nur Zinsbeihilfen, also nicht Kapital in Form von Baudarlehen oder Bauhypotheken gewähren, will sich das Land außerdem mit Landeszuschüssen für einzelne Wohnungen an der Aufbringung der Mittel für die Zinsbeihilfen beteiligen. Dabei wird dieser Landeszuschuß im Einzelfalle etwa 100-RM.-Wohnung betragen. Die Landesdarlehen werden auf Grund eines vom Land aufgestellten besonderen Schlüssels und entsprechend den Reichsvorschriften nach dem Verhältnis des dringenden örtlichen Wohnungsbedarfes verteilt. Die Verteilung geschieht also nicht mehr wie früher in erster Linie nach dem örtlichen Aufkommen. Für Karlsruhe kann ungefähr mit folgenden Zuteilungen des Landes gerechnet werden:

- a) Landeszuschuß — ein Viertel des aus Karlsruhe aufzunehmenden Wohnungsbauanteils von höchstens 1 250 000 Reichsmark, also bis zu 320 000 RM. oder abgerundet = 300 000 RM.
- b) Landesdarlehen etwa ein Zehntel des Gesamtbetrages von 13,3 Millionen Reichsmark, also rund 1 300 000 RM.
- c) Landeszuschüsse für Einzelfälle, höchstens für 100 Wohnungen zu je etwa 100 RM. jährlich (vorerst auf die Dauer von fünf Jahren, möglicherweise auch Erhöhung auf zehn Jahre = der Laufzeit der Baudarlehen möglich).

Auf der Grundlage dieser Mittel soll die Förderung des Kleinwohnungsbaues durch die Stadt wie bisher getrennt werden:

- a) in die Eingabe von Bauhypotheken (Beitrag zur Kapitalbeschaffung),
- b) die Gewährung von Zinsbeihilfen (Beitrag zur Senkung des Zinsaufwandes).

Todesfall. Nach sehr schwerem Krankenlager verschied in der Sonntagsnacht der frühere Verlagsdirektor der „Badischen Presse“, Adolf Rinderpacher, im Alter von 68 Jahren. 42 Jahre hindurch setzte er seine ganze Persönlichkeit in unermüdlicher Pflichterfüllung für seine Berufsarbeit ein. Körperliche Erholung suchte er bis in seine hohen Lebensjahre hinein in sportlicher Betätigung. Bis vor wenigen Jahren gehörte er der Altersriege des Karlsruher Männerturnvereins an. Seine besondere Liebe gehörte aber dem Wintersport.

Die Karlsruher Gas- und Wasserversorgung. Nach einem Beschluß des Stadtrats Karlsruhe sind für den Ausbau der Gas- und Wasserversorgung Aufwendungen in Höhe von rund 323 000 M. notwendig. Die Entwicklung hat es mit sich gebracht, daß für den Fall einer Störung jede Reserve fehlt. Der Ausfall eines Werkes oder auch nur eines Teiles der gegenwärtig zur Verfügung stehenden Maschinenanlagen würde z. B. die Gasversorgung der Stadt sehr erheblich gefährden. Die in dem Stadtratsbeschluß für die Erweiterung und Verbesserung der Verteilungsanlagen für Wasser und elektrischen Strom einzeln aufgeführten Beträge stellen das Mindestmaß dessen dar, was für Neuanbauten in schon bestehenden Straßen und für Arbeiten zur Sicherung der Versorgung der Bevölkerung, sowie der Leistungsfähigkeit des Rohr- und Kabelnetzes voraussichtlich im Rechnungsjahr 1931 aufgewendet werden muß. Der Gesamtaufwand soll aus Anleihemitteln bestritten werden. Die Anleihe soll längstens innerhalb 25 Jahren getilgt werden.

Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe, vom Dienstag morgen: Der Einbruch maritimer Luft war gestern abend hellenweise wiederum von Seewintern begleitet. Nach der gegenwärtigen Wetterlage müssen wir bis auf weiteres mit kühler Bitterung bei westlicher Luftzufuhr rechnen. Voraussage: Zeitweise aufheiternd, kühl, strichweise noch Regen bei frischen westlichen Winden.

Wasserstände: Waldshut 298 minus 1, Basel 116 plus 5, Schutterinsel 175 plus 5, Rehl 818 plus 2, Ragau 501 minus 1, Mannheim 420 minus 9, Caub über 200 Zentimeter.

## Handel und Wirtschaft

### Berliner Devisennotierungen

	5. Mai		1. Mai	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.50	168.90	168.65	168.99
Kopenhagen 100 Kr.	112.30	112.52	112.29	112.51
London . . . 100 £.	21.97	21.201	21.965	22.005
Paris . . . 100 Fr.	20.402	20.442	20.402	20.442
New-York . . 1 D.	4.1960	4.2040	4.1945	4.2025
Schwiz . . . 100 Fr.	16.399	16.439	16.392	16.432
Schweiz . . . 100 Fr.	80.81	80.97	80.815	80.975
Wien 100 Schilling	59.08	59.15	59.01	59.13
Prag . . . 100 Kr.	12.427	12.447	12.427	12.447

Großhandelsindex. Die für den 29. April berechnete Indexziffer der Großhandelspreise ist mit 113,5 gegenüber der Vorwoche (113,7) um 0,2 Proz. zurückgegangen.

Verein deutscher Eisfabriken, Mannheim. In der Generalversammlung am Montag, in der 3 443 200 RM. Aktienkapital mit 8000 Stimmen vertreten waren, wurden einstimmig die Bilanz genehmigt und die Regularien erledigt. Antragsgemäß wird aus dem nach 371 228 (261 142) RM. verbleibenden Reingewinn von 556 520 (700 295) RM. eine Dividende von wieder 5 Prozent ausgeschüttet. Für Unterstützungszwecke werden 10 000 (10 000) RM. verwendet.



## Gemeinderundschau

**Bürgermeisterwahl.** In Niederhoyheim wurde bei der Bürgermeisterwahl, an der sich 95 Proz. der Wahlberechtigten beteiligten, der bisherige Bürgermeister Wilhelm Köppler mit 502 Stimmen wiedergewählt. Seine Gegenkandidaten Mathias Müller und Josef Schaub erhielten 204 und 216 Stimmen. Bürgermeister Wilhelm Köppler leitet schon 27 Jahre die Gemeinde. — In Dudenbach (Amt Neustadt) wurde Bürgermeister Johann Bärnann mit 63 von 115 Stimmen zum vierten Male zum Bürgermeister gewählt. Seine Gegenkandidaten Gemeinderat Theodor Robs und Gemeinderat Arnold Schwarz erhielten 34 bzw. 18 Stimmen.

**Die Aufwandsentschädigung der Stadträte in Heidelberg** wurde auf Grund eines nationalsozialistischen Antrages von 60 auf 30 RM monatlich festgesetzt, was eine jährliche Ersparnis von 6400 RM bedeutet.

**Der Bürgerausschuß Weinheim** wird sich in seiner nächsten Sitzung am Freitag, 15. Mai, mit dem städtischen Voranschlag für das Rechnungsjahr 1931 zu beschäftigen haben. Der Hauptvoranschlag schließt ab in Einnahmen mit 1 528 250 RM, in Ausgaben mit 2 333 750 RM, so daß 800 494 RM durch Gemeindesteuern vom Grund- und Betriebsvermögen und vom Gewerbeertrag zu decken sind. Der zweite Punkt der Tagesordnung bildet eine Vorlage über die Förderung des Kleinwohnungsbaues im Rechnungsjahr 1931.

**Der Gemeinderat Eberbach** nahm von der Einführung der Bürgersteuer und der Erhöhung der Gemeindeabgaben auf die Höhe der Notverordnung durch den Bezirksrat zu Heidelberg Kenntnis. Der Bürgermeister berichtete über das Projekt einer Hochspannungsfreileitung vom Kraftwerk Hirschhorn über Moosbrunn-Schönbrunn und Schwanheim nach dem Kraftwerk Rodenau. Ein Vertrag zwischen der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft und der Stadtgemeinde über die Verlegung der Trasse wurde genehmigt.

**Der Voranschlag von Kastatt.** Der Stadtrat hat sich in zwei Sitzungen mit dem städtischen Voranschlag beschäftigt. Der Entwurf des Oberbürgermeisters sah vor an Einnahmen 2 725 268 RM, an Ausgaben 3 246 315 RM, so daß ein ungedeckter Aufwand von 521 047 RM vorhanden ist. Der Voranschlag sieht beim Kollegium auf schwerste Bedenken, weil in den Einnahmen die Bürgersteuer mit 90 000 RM eingeseht war, was einer Verdreifachung dieser Steuer gleichkommt. Aus dem Kollegium wurde der Antrag gestellt, den bei Erhebung der Bürgersteuer in der bisherigen Höhe sich ergebenden Ausfall von 60 000 RM in der Weise zu decken, daß in der Rückstandsrechnung 30 000 RM an Einnahmen mehr eingeseht und die restlichen 30 000 RM aus den Reserven der städtischen Werke entnommen werden. Dieser Vorschlag fand eine knappe Mehrheit.

**Voranschlag der Stadtgemeinde Baden-Baden.** Am 12. Mai beginnen im Stadtparlament die Voranschlagsberatungen. Der Haushaltsplan für 1931/32 schließt mit 7 631 648 RM ab. Zur Erhebung kommen an Gemeindesteuern 110 Mpf., vom Grundvermögen, 42 Mpf. vom Betriebsvermögen, 633 Mpf. vom Gewerbeertrag. Die Bürgersteuer gelangt in doppeltem Betrag der Landesätze zur Erhebung. Außerdem wird die Biersteuer eingeführt. Auch erfahren eine Anzahl Gebühren eine Erhöhung. Beantragt wird schließlich die Aufnahme eines Zwischenkredits für nicht zu schlagende 15 000 Festmeter Holz in Höhe von 210 000 RM, sowie die Genehmigung zur Aufnahme von 50 000 RM Wohnbaudarlehen und Übernahme der Würgschaft für 25 000 RM Darlehen der Landesversicherungsanstalt Baden.

**Der Freiburger Kreisvoranschlag** wurde von der Kreisversammlung angenommen. Präsident Dr. Kopf teilte mit, daß die Kreispflegeanstalt außerordentlich stark belegt sei und im Winter 520 Pfleglinge gehabt habe. Leider könne ein notwendiger Erweiterungsbau nicht erstellt werden. Der Besuch der landwirtschaftlichen Winterschule hatte sehr stark nachgelassen, die Haushaltungsschule in Kenzingen, die sich 40 Jahre bewährt hatte, kann sich kaum erhalten, da sich für den neuen Kurs nur 6 Schülerinnern angemeldet haben. Die Wandererfürsorge erfordere von Jahr zu Jahr erhöhten Zuschuß. Es wurden diesmal 50 000 RM dafür eingeseht.

**Die Gemeindeabgabensteuer in Gengenbach** muß den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend um 50 Prozent erhöht werden.

**Der Gemeinderat Haslach** hat den Voranschlag der Stadtgemeinde 1931 nach längerer Beratung und eingehender Stellungnahme zu den von den Parteien eingebrachten Anträgen mit Rücksicht darauf, daß der Voranschlag die Einführung der Gemeindeabgabensteuer vorsieht, abgelehnt.

**Eine bedeutenswerte Gemeinde.** Bei der Beratung des Voranschlags in Dintzarten (Amt Neustadt i. Schw.) für 1931 konnte der Bürgerausschuß eine Senkung der Umlage um 4 Proz. beschließen und zur Folge hat, daß die Gemeinde von der Einführung einer Bürger- und Biersteuer verschont bleibt. Bei aller Sparsamkeit gewährt aber der Voranschlag die Möglichkeit, Dintzarten auf der alten Höhe zu erhalten und noch verschiedene Wegverbesserungen vorzunehmen.

**Sommer 1931 keine Abwendung des Schlussses.** Nach einer Mitteilung der Schlussee-WG. an den Schwarzwald- und Verkehrsverein soll im Sommer 1931 von einer Abwendung des Schlussses abgesehen werden. Damit behält Kurort Schlussee seinen Anziehungspunkt. Ferner plant der Schwarzwald- und Verkehrsverein den Bau eines staubfreien Fußweges durch den Wald nach Aha, der demnächst zur Ausführung gelangen soll.

**Ein kommissarischer Bürgermeister.** Zum Bürgermeister der Stadtgemeinde Zell a. H. wurde von der Regierung Dr. jur. Schumann aus Konstanz bestellt. Schumann war früher Vorstand der Handelskammer Willingen und zuletzt Vorstand der Wohnungsbau-Aktiengesellschaft Konstanz.

**Eine Markthalle in Singen.** In der letzten Gemeinderatsitzung wurde der Beschluß gefaßt, die alte Turnhalle, die feierseitig von der Stadt angekauft wurde und die früher als Militärbaracke Verwendung gefunden hatte, in eine Markthalle umzubauen. Ein besonderer Umbau wird jedoch nicht notwendig werden. Damit wird die Markthallenfrage eine gute und billige Lösung finden.

**Die Arbeitslosigkeit in Konstanz.** Am 28. April 1931 sind in Konstanz auf Grund des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung unterstellt worden 724 männliche und 191 weibliche, zusammen 915 Arbeitslose, gegenüber 1016 in der Vorwoche. Wegen Abbaus der gesellschaftlichen Arbeitslosenunterstützung mußten von der städtischen Fürsorge unterstützt werden (Wohlfahrtsrisikoverlosene) laufend 193 (263), vorübergehend 36 (55).

**Der Bürgerausschuß Elzach** hat den Voranschlag der Stadtgemeinde, des städtischen Elektrizitätswerkes, des Krankenhauses und des Wasserwerkes verabschiedet. Der Voranschlag der Stadtgemeinde sieht an Einnahmen und Ausgaben 129 372 Reichsmark vor. Der durch Umlage zu bedeckende Fehlbetrag beträgt 24 199 RM. Der zur Erhebung kommende Umlagesatz konnte gegenüber dem Vorjahre im Grundvermögen von 79 auf 73 Mpf., vom Betriebsvermögen von 32 auf 29 Mpf., vom Gewerbeertrag von 5,91 M auf 5,25 M gesenkt werden. Von der Einführung der Bier- und Bürgersteuer konnte Abstand genommen werden. Sämtliche Voranschläge sind einstimmig angenommen worden.

**Bemerkenswerter Rückgang der Arbeitslosigkeit.** Für die zweite Hälfte des Monats April ist im Reich der Nebensstelle überlingen des Arbeitsamtes Konstanz ein beachtenswerter Rückgang der Arbeitslosenziffer festzustellen. Ende des Monats waren 675 Arbeitsuchende gemeldet, gegenüber 930 Ende März und 1004 Ende Februar 1931.

## Kurze Nachrichten aus Baden

**Dr. Mannheim, 5. Mai.** Nach dem bisherigen Verlauf des Waimarktes läßt sich sagen, daß trotz guten Besuchs aus allen Teilen Badens und der Pfalz, der Geschäftsgang stark zu wünschen übrig läßt. Die Preise waren im allgemeinen gehalten, bei Schweinen gingen sie zurück. Der große Zutrieb brühte jedoch auf Geschäft und Preise. Nur für erstklassige Tiere wurden in allen Gattungen etwas höhere Preise gezahlt.

**Hb. Heidelberg, 4. Mai.** Die erste feierliche Immatulation an der Universität zeigte, daß der Andrang der Studierenden noch steigt, mindestens in Heidelberg. Es ist anzunehmen, daß diesmal die Zahl der Neuanmeldungen, die im Vorjahre zum Sommersemester zwischen 1600 und 1700 lag, erheblich überschritten wird. Auffallend groß ist der Andrang von Medizinstudierenden, und sehr erheblich höher als sonst ist auch die Zahl weiblicher Studierender.

**Dr. Rossbach, 4. Mai.** Buchdruckereibesitzer Hermann Kirchner, Verleger der „Bad. Redaktionszeitung“, in Rossbach, konnte sein 50jähriges Berufsjubiläum als Buchdrucker feiern.

**Dr. Bruchsal, 4. Mai.** Der Sonntagmorgen hier veranfaltete, seit 29 Jahren traditionelle Sommerfestzug nahm bei herrlichem Wetter mit seinem farbenreichen Bild und prächtigen Wagengruppen zwischen den tausenden von jubelnden Kindern einen schönen Verlauf. Die Straßen waren von Zuschauergruppen von hier und aus der Nachbarschaft dicht besetzt.

**Hb. Kastatt, 5. Mai.** Am vergangenen Sonntagabend gegen 6 Uhr fuhr eine Pfadfindergesellschaft des Guttemplerordens aus Karlsruhe mit Fahrrädern, von Söllingen (Amt Kastatt) kommend, an dem Sportplatz des Arbeiterportvereins Südwest an der Kehler Straße vorbei, wobei die kommunistische Partei ihr Sportfest hatte. Etwa 50 Mitglieder der kommunistischen Partei liefen auf die Kehler Straße und hielten die Pfadfinder unter dem Rufe „Heil Mostan“ mit Steinwürfen an und rissen sie von den Mädeln. Die Kommunisten hielten die Pfadfinder offenbar für NSDAP-Leute. Später entschuldigten sich die Kommunisten und der Vorstand gab den Überfallenen eine Versicherung, daß der Verein für alle Schäden aufkomme. Die Verletzten wurden von einem auf dem Sportplatz anwesenden Sanitäter verbunden.

**Dr. Neustadt i. Schw., 4. Mai.** Die diesige Ortskrankenkasse hat in der letzten Ausschusssitzung den Beitragsatz von 5,2 auf 5,7 erhöht, infolge eines Abmangels von 40 000 RM., der aus dem Rückgang der Einnahmen und der Erhöhung der Ausgaben entfiel, verschuldet durch enorme Grippeerkrankungen. Auch die Belastung der Ortskrankenkasse Neustadt durch das Schlusseeerwerbe mußte ausgeglichen werden.

**Dr. Aberglingen, 2. Mai.** Die Abgeregierung hat den Preis für Ochsenfleisch auf 1 RM, für Schweinefleisch auf 70—90 Reichspfennig ermäßigt, ebenfalls die Preise der Wurstwaren um 10—15 Proz.

## Staatsanzeiger

Bekanntmachung  
Die Vereinigung der Gemeinde  
Neuenburg mit der Gemeinde Bachheim.

Die Beschlüsse der Gemeinden Neuenburg und Bachheim (Amtsbezirk Donaueschingen) über die Vereinigung der Gemeinde Neuenburg mit der Gemeinde Bachheim zu einer einfachen Gemeinde mit dem Namen Bachheim unter Aufhebung der gegenfeitigen Gemarkungsgrenze wurde mit Wirkung vom 1. Mai 1931 genehmigt.

Karlsruhe, den 30. April 1931.  
Der Minister des Innern  
J. B. Weigel

## Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruücksetzungen usw.  
der planmäßigen Beamten

Aus dem Reich der Finanzministeriums  
übertragen:

Dem Forstrat Dr.-Ing. Hermann Stoll in Forbach das Forstamt Kirchgarten.

Zur Ruhe gesetzt kraft Gesetzes:

Oberforstrat Kurt Stephani in Forbach.

Auf Ansuchen:

Förster Friedrich Nogg in Aule, Amt Neustadt.

## Öffentl. Verbandsparkasse Radolfzell.

Bilanz auf 31. Dezember 1930.

Vermögen:	
1. Kassendefizit	32 327,86
2. Guthaben bei Banken, Girozentralen und Postsparkasse	341 519,49
3. Wertpapiere	243 947,—
4. Wechsel	213 413,58
5. Darlehen auf Hypotheken	3 166 713,68
6. Darlehen in laufender Rechnung an Private	1 189 463,85
7. Darlehen auf Schuldchein	471 340,94
8. Darlehen an Gemeinden	528 408,28
9. Aufwertungsfordernngen	1 765 602,88
10. Einmahlerückstände	148 370,50
11. Grundstücke und Gebäude	1,—
12. Gerätschaften	7 757,—
	<b>8 108 863,06</b>

### Verbindlichkeiten:

1. Spareinlagen	4 574 091,24
2. Aufwertungsparcainlagen	
a) Kapital	1 864 570,83
b) Zinsen bis 31. Dezember 1930	184 937,24
c) Aufwertungsabrechnungsfonds	12 753,47
3. Giro- und Kontokorrenteinlagen	1 116 320,13
4. Anleihen	
a) Rentenbankkredit	67 528,26
b) Laufende Guthaben der Banken	13 520,33
5. Rücklagen (gesetzl. Reservefonds)	193 646,76
6. Reingewinn vom Jahre 1930	81 444,85
	<b>8 108 863,06</b>

### Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:	
5% aus 5 690 411,37 RM Einlagen	= 284 520,55
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1930	275 091,61
somit weniger	9 428,94

Radolfzell, den 1. Mai 1931.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates:

Blesch, Bürgermeister.

Der Geschäftsführer:

Fuchs, Direktor.

Bl. 436

**Eintracht**  
Donnerstag 7. Mai, 20 Uhr  
**Volkstümlicher Klavier-Abend**  
**ELLY NEY**  
Beethoven:  
6 Variationen F-Dur, op. 34  
Sonate C-Moll, op. 111  
Sonate Cis-Moll, op. 27 Nr. 2 (Mondschein-Sonata)  
Andante favori F-Dur  
Sonate F-Moll op. 57 (Appassionata) L. 170  
Konzertflügel Steinway & Sons von H. Maurer.  
Num. Karten zu 8,50, 3,00, 2,75, 2,20 und 1,85 RM.  
Stehtplätze zu 1,10 RM, im Vorverkauf bei  
Bielefeld am Marktplatz und bei  
Kurt Nowfeldt  
Waldstraße 81

**Bayerische Großbrauerei**  
von Weltrauf, in Karlsruhe noch nicht heimisch,  
wünscht auf irgend eine Art (Kauf ausgenommen)  
eine in guter Geschäftslage befindliche Cafestätte  
an sich zu bringen, die umgestaltet werden soll zu einem  
**Spezial-Ausschank**  
Bewirtschaftet wird unterstützt! Vorfahrung erfolgt  
direkt oder vom nächsten Depot.  
Ehrlichste Interessenten, die ihr Geschäft neu beleben  
wollen, belieben, da Bevollmächtigter zur Zeit in Baden  
weilt, ausführlich gehaltenen Entlangebote einzureichen  
unter Nr. 2.175 an die Expedition der Karlsruher Zeitung.

**Ausschreibung.**  
Die Malerarbeiten für den  
Neubau der Chic. Klinik in  
Freiburg i. Br. werden öf-  
fentlich ausgeschrieben.  
Die Angebotsbordrude  
können, soweit vorzätig, auf  
unserem Büro Hugelstetter  
Straße, im Neubau der Med.  
Klinik, IV. Stock, Zimmer  
25 ab Mittwoch, den 6. Mai  
bis einschl. 9. Mai, jeweils  
vormittags 11 Uhr bis 12<sup>30</sup>

**Flügel  
Pianos  
Harmoniums**  
„  
**Miete u. Kauf**  
**Ludwig Schweisgut**  
Gebäudestraße 4  
beim Rondellplatz  
Alleiniger Vertreter von:  
Beckstein, Bläthner,  
Grotzian, Steinweg,  
Schiedmayer & Söhne,  
Thürmer, Wolfram, Mannborg

**Badisches Landestheater**  
Dienstag, 5. Mai 1931  
\* B 23. Th.-Gem.  
1101—1200  
**Der Rosenkavalier**  
Von Richard Strauss  
Dirigent: Strips  
Regie: Dr. Waag  
Mitwirkende:  
Blant, Franz, Fischbach,  
Gaberlorn, Jant, Ladner,  
Seibrecht, Winter, Bauer,  
Selmuth, Roschmann,  
Fürstenau, J. Gröhinger,  
Kainbach, Kiefer, Böfer,  
Rentwig, Derner, Schoepf-

lin, Arras, Dose, Frohmann,  
G. Gröhinger, Kleinbud,  
Rindemann, Luger, Meyer,  
Nagel, Plachzinski, Robinson  
Schmitt  
Anfang 19<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, Ende geg. 23  
Preise C (1—7 RM)  
Mittwoch, 6. Mai 1931  
\* C 23. Th.-Gem. III. S.-Gr.  
1. Hälfte  
**Die Liebesprobe oder Chun  
Yang, die treue Tänzerin**  
Ballett von Mozart  
Dirigent: Schwarz  
Choreographie: Fürstenau  
Mitwirkende:  
Fürstenau, J. Gröhinger,  
Gospach, Graf, Mikulka,  
Kuhmann, Ladner, Wirm-  
meyer, Hoffmann, Rieker,  
Silberborth, Schulze,  
Widmann  
Hierauf  
**Josephslegende**  
Dramatische Tanzhandlung  
von R. Strauß  
Dirigent: Schwarz  
Choreographie: Fürstenau  
Mitwirkende:  
Fürstenau, Gospach, Kuhl-  
mann, Ladner, Prüter.  
Das ganze Ballett, Fach-  
schule, Kinderballettschule,  
Theaterakademie  
Anfang 20 Ende 21.45  
Preise B (0,30—6 RM)  
Do. 7. 5. Der Hauptmann  
von Köpenick. Fr. 8. 5. Bar  
und Zimmermann. Sa. 9. 5.  
Wilhelm Tell. So. 10. 5.  
Nachm.: Meine Schwester  
und ich. Abds.: Neu einstu-  
diert: Lindine. Im Nachh.:  
Meine Frau, das Fräulein

Druck G. Braun, Karlsruhe.